

<Absender

Datum, den <

Empfänger:

+ Petitionsausschuß des Landtages vom BRD- Bundesland ...

An alle Fraktionen

Mitglieder / Stellvertretende Mitglieder des Landtages vom BRD- Bundesland ...

1. Pflichtgemäße Petition/ Beschwerde mit Dringlichkeitsantrag mit Verweis auf Artikel 139 GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften.

2. Pflichtgemäße Petition/ Beschwerde mit Antrag / Forderung auf umgehende Abhilfe wegen Fortsetzung der deutschen Staatsangehörigkeit und den

Gleichschaltungsgesetzen von 1934 von Adolf Hitler,

+ Illegale Weiterführung von Nazigesetzen

- Anlage 9. Liste heute aktuell gültiger NAZI-GESETZE!

+ ab 8.12.2010 durch geheimen Staatsstreich Staatenlosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, damit Staatenlosigkeit der Bundesregierung + der Landesregierung und alle Behörden und Verwaltungsinstanzen der BRD = vom BRD- Bundesland

<Bezeichnung<

+ Durch Staatenlosigkeit Nichtigkeit aller Rechtsgrundlagen über die Privatisierung hinaus. Ausnahme aller betr. Artikel des GG mit Hintergrund der alliierten Rechtsvorschriften.

Anlage 18. Alliierte Zuständigkeit im Bonner Militär - Grund Gesetz

+ Durch die blutige, faschistische deutsche Staatsangehörigkeit wurden Millionen von Menschen umgebracht, enteignet und vertrieben.

Anlage 11. Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit

3. Zu beschwerende Amtshandlung durch die zuständigen Ordnungs- und Ausländerämter liegt bundesweit vor.

4. Der Bundesgesetzgeber hat seit 1956 keine Legitimation mehr:

Feststellung der Nichtigkeit der Wahlen ab 1956 durch das akt. BVerG- Urteil vom 25.07.2012:

BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.7.2012, Absatz-Nr. (1 - 164),

http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html

5. Pflichtgemäße Aufforderung zur Beseitigung des illegal hinterlistig, heimtückisch fortgeführten Nazismus & Faschismus,

zur Wiederherstellung der Heimatlandzugehörigkeit laut Landesstaatsangehörigkeit vor 1933!

6. Sie sind pers. zur Abhilfe gesetzlich nach Artikel 139 GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften strafbewehrt verpflichtet!

7. Der Vorgang ist steht im höchsten allgemeinen öffentlichen Interesse und ist entsprechend vorrangig zu behandeln!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit zeige ich Ihnen laut Artikel 139 GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften pflichtgemäß die illegale Fortführung der deutschen NaZi- Staatsangehörigkeit mit Glaubhaftmachung DEUTSCH von 1934
+ seit 8.12.2010 durch geheimen Staatsstreich STAATENLOSIGKEIT = Vogelfreiheit, Heimatlosigkeit und Entmachtung aller BRD- Bürger an und beantrage/ fordere von Ihnen umgehende o. g. Abhilfe/ Korrektur!

Detaillierte Begründung:

Anlagen: 1. Glaubhaftmachung DEUTSCH + § Naziterminologie- Dokumentation:
2. Verweis StAG 1913 v. 08.12.2010 / BGBL Teil III 1959
Teil I GER / Teil II DDS!
3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2

**Die Verordnung vom 05. 02. 1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der Kapitulation der Streitkräfte des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.
Reichsangehörigkeit=Staatsangehörigkeit: R = STA!**

Neues Staatsrecht (Verfassung 1934) Auflage 1936 - Seite 54 -

Entwicklung/ Ausgangssituation:

RuStAG (RoStAG) von 22. Juli 1913:

Im Gesetz steht **Reichsangehörigkeit R = Ausland** (betraf Dienstangestellte in den deutschen Schutzgebieten)

ODER **Staatsangehörigkeit StAG = Inland** (Deutsche in den jeweiligen Heimatländern/ Bundesstaaten im Deutschen Reich)

= Es existiert(e) eine doppelte Staatsangehörigkeit. (Kolonie ODER Inland = **R oder STA**)

Die Heimat der Deutschen Völker:

bis 1933 = HEIMAT - Staatsangehörigkeit im Deutschen Heimatreich: *jeweiliges Heimatland (LStA) Mecklenburg- Schwerin, Mecklenburg- Strelitz, Sachsen, Bayern, Thüringen, Baden, Preußen usw.*

Täuschung, Gleichschaltung:

1934 – 1945 = gleichgeschaltete Auslands - Staatsangehörigkeit: *deutsch* /deutsche Staatsangehörigkeit**/ *Deutsches Reich*/ *deutscher Reichsangehöriger* /

(R = StAG = Umsturz der Weimarer Verfassung, siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.2934)

R = StA

Kriegslist, Täuschung, Gleichschaltung: Anlage 3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2

1945: Kein Frieden, Waffenstillstandsbedingungen mit lfd. Unterbrechungen!

HLKO Artikel 24: Kriegslisten sind erlaubt!

1945 – 1949: Weiterführung gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: /deutsche Staatsangehörigkeit* = *Deutsches Reich*= *Deutschland* mit Glaubhaftmachung *deutsch*
R = StA

1949 –2010 = gleichgeschaltete Kolonie - Staatsangehörigkeit: *deutsche Staatsangehörigkeit* mit Glaubhaftmachung *DEUTSCH* v. 1934. R = STA

1990 Erneut keine Friedensverträge mit 52 Nationen

- Anlage 17. Dokumente aus dem Kanzleramt = Frieden nicht gewollt!

= HLKO Artikel 24 Kriegslisten sind erlaubt

22.07. 2010: Die Bundesrepublik Deutschland hat 2010 das faschistische StA- Gesetz von 1934 mit dem RuStAG von 1913 gleichgeschaltet. Die Reichsangehörigkeit wurde bereinigt. (gelöscht)
Siehe dazu Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959.

08.12.2010 Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit von 1934 geändert.

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. I S. 1864 08.12.2010

Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959

102 . 2 ~~R=StAG 1934~~ **Reichsangehörigkeit = unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit, ist beseitigt**

102 . 1 ~~StAG 1913 unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit ?~~

§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ besitzt.

§ 2 ~~Deutscher ist, wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.~~ (weggefallen 1999)

Jeder Bundesbürger *DEUTSCH* ist in der BRD seit dem 08.12.2010 STAATENLOS!

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Anlage 4. Geheimer STAG- Staatsstreich

Anlage 13. Methoden der Faschisten

Auf dem BRD- Personalausweis steht die Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit *DEUTSCH* nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02. 1934.

RGBL Teil I Seite 85.

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD gibt die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 wieder. R = STA

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD zeigt den Status der Gleichschaltung/ Heimatlosigkeit von 1934 an.

(siehe Kolonieverfassung/ Staatsgrundgesetz Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RGBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934, Ausweisdokumentation mit der StA- Glaubhaftmachung *Deutsch; Deutscher, Deutsche, Deutschland, Deutsches Reich, deutscher Reichsangehörige(r) * 1934 – bis heute)

Jeder BRD – Bürger hat durch die faschistische deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 die Auslands-/Kolonie – Staatsangehörigkeit. (unmittelbare Reichsangehörigkeit) **R = STA**

Der Statusdeutsche ist damit heimatlos, vollkommen entmachtet und entrechtet! Deshalb sind auch die Menschenrechte/ Grundrechte für uns offenkundig nicht in Funktion.

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Auf unserem BRD- Personalausweis steht die Staatsangehörigkeit- Glaubhaftmachung ***DEUTSCH*** nach Staatsangehörigkeitsgesetz (Gleichschaltungsgesetz) vom 05.02.1934.

Der Staatsangehörigkeitsausweis der BRD mit der ***DEUTSCHEN STAATSANGEHÖRIGKEIT von 1934** wird im

-A U S L Ä N D E R A M T-

beantragt.

Dazu Verweis auf das Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 15. Mai 1935:

§ 1. Über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden die Einbürgerungsbehörden nach pflichtmäßigem Ermessen. Ein Anspruch auf Einbürgerung besteht nicht.

§ 2. Die §§ 10, 11, 12, 26 Abs. 3 Satz 2, § 31 und § 32 Abs. 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. S. 583) treten außer Kraft; das gleiche gilt von § 15 Abs. 2 und § 34 insoweit, als sie einen Anspruch auf Einbürgerung gewähren.

Art. 139 GG hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen!

1. 1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1

1) Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit **30. Januar 1933** eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, **verlieren hiermit ihre Wirksamkeit** .

2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 **Ausrottung der Nazigesetze** vom 20. Sept. 1945

3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen bindend.

Die Verordnung vom 05. 02. 1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit ist mit der Kapitulation der Streitkräfte des 3. Reiches nicht ersatzlos untergegangen.

R = STA = Reichsangehörigkeit=Staatsangehörigkeit!

Neues Staatsrecht (Verfassung 1934) Auflage 1936 - Seite 54 -

Die Rechtslage für die BRD hat sich nicht geändert.

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3 **bleiben von der**

Aufhebung unberührt und bestehen fort. 26. Mai 1952

Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben.

Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG.

Die Rechtslage für die BRD hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit von 1934 geändert.

**Jeder Deutsche ist in der BRD seit dem 08.12.2010
STAATENLOS!**

Der Artikel 16 GG wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Rechtstellung als Statusdeutscher:

Artikel 116 GG bestätigt uns den Status der Kolonieangehörigkeit/ Heimatlosigkeit/ ab 8.12.2010 die Staatenlosigkeit!

Artikel 116 GG:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

= *deutsche Staatsangehörigkeit* + *deutscher Volkszugehörigkeit* sind Begriffe aus der 2010 erfolgten Gleichschaltung der RuStAG von 1913 (R= StAG) nach StAG / (Verweis Kolonieverfassung: Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RgBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934, Ausweisdokumentation mit der StA *Deutsch; Deutscher, Deutsche, Deutschland, Deutsches Reich, deutscher Reichsangehörige(r) * 1934 – bis heute)

Tricksen, täuschen, Tarnen:

Die Bundesrepublik Deutschland hat uns dazu den Personalausweis *DEUTSCH* ohne die notwendige juristische Hintergrundinformation/ Aufklärung ausgestellt!

Verbotene, strafbewehrte Weiterführung Nazismus und Faschismus durch zu rügende Amtshandlungen der BRD- Behörden:

Zwang zur „deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung *DEUTSCH* wird seit 1934 bis heute nahtlos fortgesetzt:

Bei Verweigerung des neuen BRD- Personal - Ausweises *DEUTSCH* 1934 droht heute allgemein ein empfindliches Ordnungsgeld.

Verweis auf das Amtsblatt für Schleswig Holstein vom Juni 1946!

BRD – Amtseid Artikel 56/Art. 64 GG, (alle BRD - Amtspersonen und BRD - Parteien)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Amtseid>

Deutscher Richtereid § 18 deutsches DRiG (alle BRD - Richter)

http://www.lexsoft.de/lexisnexis/justizportal_nrw.cgi?xid=139958,45

und alle Schwüre/ Beteuerungen auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

Auch jeder Verwaltungsbeamte/ Angestellte/ Richter/ Staatsanwalt der Bundesrepublik Deutschland unterliegt damit den verbotenen NaZi- Gleichschaltungsgesetzen!

(Verweis Staatsangehörigkeit laut STAG vom 05.02. 1934 + Neues Staatsrecht1934)

Damit haben wir keine Heimatbehörden, sondern NaZi- Gleichschaltungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland.

Grundrechteverletzungen können durch die NaZi- Überlagerung/ Befangenheit der deutschen Justiz ebenfalls nicht abgeholfen werden!

Artikel 1- 19 GG. Die Menschenrechte / Grundrechte sind ohne strafbewehrten Rechtsschutz in der BRD!

Es besteht damit folgender offenkundiger Tatbestand:

Die Bundesrepublik Deutschland führt die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz / Neues Staatsrecht ab 1934 weiter!

Das seit 1934 gleichgeschaltete deutsche Volk *DEUTSCH*/ *deutsche Staatsangehörigkeit* auf dem deutschen Teilstaatsgebiet der BRD. (Gleichschaltung nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz und *Neues Staatsrecht* (siehe Kolonieverfassung Neues Staatsrecht ab 1934, siehe Seite 54, RgBL- Verordnung Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934)

)

**Gleichgeschaltetes deutsches Staatsvolk auf deutschen Teilstaatsgebiet in
Verwaltung durch die BRD unter NaZi- Staatsangehörigkeit + weitergeführte Nazi –
Gesetze!
= Die Bundesrepublik Deutschland führt damit staatsrechtlich juristisch das 3. NaZi-
Reich weiter!**

**Durch die blutige, faschistische deutsche Staatsangehörigkeit wurden Millionen von
Menschen umgebracht, enteignet und vertrieben.**

Anlage 11. Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit

Churchill und Roosevelt haben schon 1942 öffentlich erklärt, die NaZi- Tyrannei zu beseitigen. 1945 wurde das Ziel nicht erreicht, sondern stattdessen die Kriegslist nach Artikel 24 HLKO geschaltet und die Staatsangehörigkeit von 1934 NICHT beseitigt.

Artikel 139 GG:

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Es gelten vollumfänglich die alliierten SHAEF Entnazifizierungsbestimmungen.

BRD- Verwaltungsorganisationen dürfen unter Strafe nicht entnazifizieren.

Siehe dazu die SHAEF– SMAD - Entnazifizierungsbestimmungen der Alliierten.

Nur die Alliierten haben die juristische Hoheit zur Entnazifizierung!

Auch **Hohe Hand** genannt.

Jeder BRD- Bürger, damit auch alle Verwaltungsbeamten/ Angestellten/ Richter/ Staatsanwälte sind laut Artikel 139 GG und den nachfolgenden Bestimmungen und Gesetzen gesetzlich strafbewehrt verpflichtet, dem umgehend Abhilfe zu leisten und die NaZi- Gleichschaltung ab 1934 sofort zu beenden!

<p>Der Artikel 116 GG verstößt gegen Artikel 139 GG FÜR die Bundesrepublik Deutschland.</p>
--

**Der Verfassungsauftrag über Artikel 146 GG führt über die Umsetzung der durch das
Bonner Militär Grund Gesetz (GG) überlagerten Verfassung von 1919 zur Beseitigung
des Verstoßes!**

Die Heimatangehörigkeit/ Staatsangehörigkeit unserer Großeltern war vor 1934 die jeweilige Landesstaatsangehörigkeit.

Der Staatsangehörige *DEUTSCH* *deutsche Staatsangehörigkeit* gilt für die Heimatländer als verloren, wenn der Verlust der Heimatangehörigkeit nicht angezeigt wird.

Anlage 5. Kopie pers. Prüfungsantrag Ausländerbehörde/ STAG- Behörde

Anlage 6. Kopie pers. Prüfungsantrag BVA Köln

**Das Eigentum an der deutschen Heimat ist mit der Heimatangehörigkeit verknüpft und
nicht mit der gleichgeschalteten Staatsangehörigkeit von 1934 / Glaubhaftmachung
DEUTSCH.**

**Darum zeige ich Ihnen jetzt diesen Verlust der Heimat/ Staatenlosigkeit für alle
deutschen Staatsangehörigen in der BRD an!**

**Sie sind zur Abhilfe (Grund)gesetzlich nach Artikel 139 und den nachfolgenden
Rechtsvorschriften pers. strafbewehrt verpflichtet! (SHAEF, SMAD)**

Der Bundesgesetzgeber hat seit 1956 keine Legitimation mehr:

Feststellung der Nichtigkeit der Wahlen ab 1956 durch das akt. BVerG- Urteil vom 25.07.2012: BVerfG, 2 BvF 3/11 vom 25.7.2012, Absatz-Nr. (1 - 164), http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20120725_2bvf000311.html

Hiermit beantrage/ fordere ich Sie auf, die rechtsoffenkundigen Rechtsgrundlagen, Gesetze, Fakten und § Sachstände zu untersuchen, fach – sachgerecht aufzuklären und durch konkret Entscheidung oben beantragte Abhilfe zu schaffen. Ich beantrage, fordere, bestehe ausdrücklich auf meine Heimatangehörigkeit vor 1933! Ich fordere Sie hiermit auf alles zu unternehmen damit die moralisch, ethisch untragbare, juristisch strafbewehrt streng verbotene Nazi- Gleichschaltung *deutsche Staatsangehörigkeit* Glaubhaftmachung *DEUTSCH* von 1934 = seit 8.12.2010 STAATENLOSIGKEIT + Weiterführung aller Nazigesetze umgehend beendet wird!

Antrag/ Forderung zur Umsetzung Verfassungsauftrag Artikel 146 GG laut Urkunde 146:

Dazu ist die Überlagerung der Weimarer Reichsverfassung vom 01. August 1919 durch das GG umgehend zu beenden, der nicht legitimierte Bundestag aufzulösen, eine Übergangsregierung aus geeigneten Vertretern aller Länder einzusetzen, damit die Friedensverträge geschlossen werden können.

Es geht ausschließlich nur um offenkundige Rechtstatsachen, gültige Gesetze und § Hintergründe. Ich bitte Sie daher von vornherein von aussagelosen Formscheiben, Rechtsauffassungen, spitzfindigen Auslegungen, Attitüden, Meinungen, Befindlichkeiten, juristischen Listigkeiten, Winkelzügen grundsätzlich Abstand zu nehmen.

Ich bitte um umgehende, korrekte Eingangsbestätigung und angesichts des gesellschaftlichen Notzustandes um sofortige Bearbeitung entsprechend der Dringlichkeit. Ich erwarte dazu Ihre korrekte Eingangsbestätigung und fach- sachgerechte saubere Bearbeitung bis zum **<Datum<** - jedoch spätestens bis zum Ablauf der national und international gültigen 21 Tage Regelung im rechtlichen Schriftverkehr. Sollten Sie innerhalb von 21 Tagen ab o.g. Datum nicht entsprechend des Sachstands klärend reagieren, gelten meine Ausführungen laut BGB/ allgemeinen nationalen verbindlichen Recht als angenommen. Irrtümer und Fehler sind vorbehalten und bitte ggfs. um Berichtigung. Ergänzungen und Korrekturen bleiben stets vorbehalten.

= Eine Kopie des gesamten Vorganges wird an die laut Artikel 139 Bonner Militärgrundgesetz GG und den nachfolgenden Rechtsvorschriften der zuständigen Haupt-Militär-Staatsanwalt, Cholsunow Pereulok 14, 119852 Moskau / Russische Föderation **im Rahmen meines pers. Schutzes übergeben** über die Botschaft Russische Föderation zugeleitet.

Zum besseren Verständnis: Nach dem Gesetz bin ich eine natürliche Person und von Geburt an verfassungsgemäße Landeszugehörigkeit (LStA) **<Bezeichnung<**

Ergänzungen/ Korrekturen sind stets vorbehalten.

Mit heimatlich staatenlosen Grüßen

Ort, Datum den

.....**Vor & Zuname**

Anlagen:

1. Glaubhaftmachung DEUTSCH + § Naziterminologie- Dokumentation:
2. Verweis StAG 1913 v. 08.12.2010 / BGBL Teil III 1959 Teil I GER / Teil II DDS!

3. Staatenlosigkeit Teil 1 und 2
4. Geheimer STAG- Staatsstreich
5. Kopie pers. Prüfungsantrag Ausländerbehörde/ STAG- Behörde
6. Kopie pers. Prüfungsantrag BVA Köln
7. Kopie pers. Urkunde 146 und pers. Antrag auf Heimatrehabilitation
8. Kopie pers. Schutzantrag an die russische Föderation
9. Liste heute aktuell gültiger NAZI-GESETZE!
10. Kopie Verfahrenseinstellung Amtsgericht Vechta wegen ihren o.g. offenkundigen Rechtstatsachen
11. Der Fluch der deutschen Staatsangehörigkeit
12. Heimatschädlinge
13. Methoden der Faschisten
14. VON DER HEIMAT IN DIE KOLONIE
15. Der Kampf um die Reichs- und Kolonieangehörigkeit
16. Verfassung: Rechtsgrundlagen
17. Dokumente aus dem Kanzleramt = Frieden nicht gewollt!
18. **Alliierte Zuständigkeit im Grund Gesetz**

Verweis auf fach- sachorientierte Webseiten:

<http://staatenlos.info/>

www.gg146.de

<http://ag-freies-deutschland.de/>